

LSVD-Hauptstadtbüro, Postfach 04 01 65, 10061 Berlin

Staatsministerium Baden-Württemberg
Winfried Kretschmann
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Hauptstadtbüro

Renate Rampf
Chausseestraße 29
10115 Berlin
Tel. (030) 78 95 47 78
Fax (030) 78 95 47 79
presse@lsvd.de
www.lsvd.de

20. März 2013

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

am 22. März 2013 begrüßen Sie die Vorsitzende des Föderationsrates der Russischen Föderation Walentina Iwanowna Matwijenko mit ihrer Delegation im Bundesrat. Frau Matwijenko gilt als eine der politisch verantwortlichen Kräfte für die zunehmende Einschränkung der Bürgerrechte von Lesben, Schwulen und Transgendern in Russland.

Die frühere Gouverneurin von St. Petersburg unterstützte Vorstöße für ein regionales Gesetz gegen die „Propagierung von Homosexualität“, das 2012 in St. Petersburg in Kraft trat. Als Vorsitzende des Föderationsrates fordert sie, dieses Gesetz auf das ganze Land auszudehnen (vgl. z.B. den Bericht „Gefährliches Reinheitsphantasien“ in der Süddeutschen Zeitung vom 10. Februar 2012).

Das russische Parlament plant mittlerweile ein Gesetz, das die „Propagierung von Homosexualität“ verbieten und Zuwiderhandlungen mit empfindlichen Geldstrafen von umgerechnet bis zu 12.500 Euro bestrafen soll. In der russischen Föderation haben bereits zehn Regionen solche Antihomosexualitätsgesetze verabschiedet.

Dieses Gesetzesvorhaben ist mit der Mitgliedschaft Russlands im Europarat unvereinbar. Es schürt Homophobie und Vorurteile und wird Intoleranz und Hass gegen Minderheiten befördern und institutionalisieren. Alle Mitgliedsstaaten des Europarats sind an die „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (EMRK) gebunden, die die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Verbot der Diskriminierung postuliert. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verstößt die Benachteiligung von Lesben und Schwulen wegen ihrer sexuellen Identität gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK in Verbindung mit Art. 8 der EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens). Das Gesetzesvorhaben widerspricht auch nationalem Recht und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Es zielt darauf ab, die stärker werdende Bewegung der Lesben, Schwulen und Transgender in Russland mundtot zu machen.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist darüber sehr besorgt. Durch die bewusste Offenheit des Begriffs „Propagierung“ kann selbst ein Kuss, das Tragen eines Buttons oder die Verwendung einer Regenbogenflagge bestraft werden. Aufklärungs- und Akzeptanzarbeit gegen eine in Russland grassierende und bisweilen tödliche Homophobie sowie eine effiziente Präventionsarbeit gegen HIV/AIDS sind dann nicht mehr möglich. Die Erfahrungen zeigen, dass schon die Ankündigung eines solchen Erlasses zur Brutalisierung der Öffentlichkeit führt. Willkürlich werden Bürgerinnen und

Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 20 500
Kto. 708 68 00

Mildtätiger Verein –
Spenden sind
steuerabzugsfähig

Offizieller Beraterstatus
beim Wirtschafts- und
Sozialausschuss der
Vereinten Nationen

Mitglied im
Deutschen Paritätischen
Wohlfahrtsverband
(DPWV)

Mitglied der
International
Lesbian and Gay
Association (ILGA)

Bürger angegriffen, allein weil vermutet wird, dass es sich um Homosexuelle handelt.

Wir bitten Sie, gegenüber Frau Matwijkenko und ihrer Delegation das Gesetzesvorhaben zur Sprache zu bringen und deutlich zu machen, dass es gegen demokratische Werte verstößt. Die ständige Verletzung von Konventionen und Verträgen, die Russland unterzeichnet hat, darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wer sich außerhalb Europäischer Menschenrechtsnormen positioniert, verdient die Missbilligung der Politik und Gesellschaft. Lesben, Schwule und Transgender benötigen den Schutz der internationalen Gemeinschaft und die Fürsprache all derjenigen, die mit russischen Entscheidungsträgern im Dialog stehen. Die deutsche Politik muss kontinuierlich weiter auf die russische Regierung und das russische Parlament einwirken, um das geplante Gesetz zu verhindern. Zugleich muss sie die russische Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in ihrem Engagement unterstützen.

Wir bitten Sie um Ihre Mithilfe, damit auch Lesben, Schwule und Transgender in Russland diesen Schutz erfahren. Finden Sie klare Worte zum Schutz der Menschenrechte!

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Renate Rampf
Leitung LSVD-Hauptstadtbüro